

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE / 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 205. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 27. September 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Mognoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Abwesende ABGEORDNETE: Dr. Joachim Dalsass (entsch.nachm.)
Dr. Luis Durnwalder (entsch.nachm.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Karl Oberhauser (entsch.nachm.)
Alfons Rigott (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung der Tagesordnung vom 19. und 25. September 1978 fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.55 Uhr.

Man fährt nun mit der Behandlung des Gesetzentwurfes Nr.295/78: "Errichtung der Familienberatungsstellen" fort.

Art. 1: Landtagspräsident Molignoni bezeichnet die Diskussion zum Gesetzentwurf als sehr delikant, da sich zwei Welten und zwar die laizistische und die katholische herauskristallisierten und deren Widersprüche zu Tage getreten seien. Er zähle sich zur laizistischen Weltanschauung und daher könne er sich mit diesem Gesetzentwurf nicht zufrieden geben. Er hoffe, daß durch einige Änderungsanträge der Gesetzentwurf verbessert werde und daß sich beide Weltanschauungen auf einen ehrenvollen Kompromiss einigen könnten.

Der Abg. Neuhauser ist der Auffassung, daß Beratungsstellen auch Privatvereinen anvertraut werden sollen. Trotzdem solle der Gesetzentwurf einen breiten Konsens erhalten. Neuhauser fordert von den nicht mehr "glaubenden", wie er die Laizisten bezeichnet, Respekt von der Meinung der Gläubigen. Wichtig sei das Ja-sagen zum Leben, dies sollte jedem Vertreter im Landtag selbstverständlich sein. Der Landtag müsse dafür sorgen, daß die Zielsetzungen des Gesetzes eingehalten würden. Es dürfe auch für die privaten Vereinigungen, die Familienberatungsstellen einrichten, keine Monopolstellung möglich sein.

Der Abg. Sfondrini ist der Auffassung, daß die vom Gesetz vorgesehenen Familienberatungsstellen nicht den Zielvorstellungen des Staatsgesetzes entsprechen.

Der Abg. Stecher antwortet dem Abg. Neuhauser, daß für einen breiten Konsens der gute Wille beider Teile notwendig sei.

Der Abg. Mitolo wundert sich über die Argumentation der Linksparteien, betont aber gleichzeitig, daß die privaten Familienberatungsstellen im Sinne des Gesetzes arbeiten müssen.

Der Abg. Bertorelle mahnt den Abg. Mitolo zur Vorsicht, da dessen Zustimmung zum Gesetzentwurf falsch verstanden werden könnte. Sehr merkwürdig bezeichnet Bertorelle die Haltung der Linksparteien, die in der Kommission anders als jetzt im Landtag gesprochen hätten, wahrscheinlich weil die Tribünen mit Zuhörern gefüllt sind.

Der Abg. Sfondrini antwortet Bertorelle und äußert unter ande-

rem die Ansicht, daß es Aufgabe der Landesregierung sei, die Richtung von privaten Beratungsstellen zu unterbinden, wenn diese nicht dem Geiste des Gesetzes entsprechen sollten.

Der Abg. Erschbaumer erklärt im Zusammenhang mit den Gesetzgebungskommissionen, daß seine Partei in keiner dieser Kommissionen vertreten sei. Wenn man von den Linksparteien spricht, so werfe man sämtliche in den selben Topf. Seine Partei sei in manchen Punkten mit der Meinung der übrigen Linksparteien nicht identisch. Gleichzeitig kündigt er seine Gegenstimme zum Artikel 1 an.

Der Präsident schlägt vor, zuerst den Artikel 2 zu behandeln und dann erst über den Art. 1 abzustimmen, um zu einen ehrenvollen Kompromiß zu gelangen.

Art. 2: drei Abänderungsanträge, eingebracht durch die Abgeordneten Sfondrini und Nicolodi werden von Sfondrini erläutert. Der Abg. Jenny spricht sich für die Anträge aus und nimmt zum Problem des Schwangerschaftsabbruches Stellung.

Der Abg. Mitolo erklärt, daß er sich mit dem dritten Abänderungsantrag einverstanden erklären könne, die Anschuldigung aber, daß die katholischen Familienberatungsstellen rückschrittlich seien weist er energisch zurück. Er betont, daß die Familienberatungsstellen keine Ausgabestellen von empfängnisverhütenden Mitteln werden dürften.

Der Abg. Bertorelle schließt sich ebenfalls dieser Meinung an.

Der Abg. Sfondrini ist der Ansicht, daß durch die Abänderungsanträge dem Geiste des Staatsgesetzes entsprochen werde, da das Landesgesetz viel restriktiver sei. Er sei auch der Ansicht, daß ein Kompromiß, wie er bei der Verabschiedung des Staatsgesetzes erzielt worden ist, hier im Landtag nicht möglich sei.

Präsident Mognoni kündigt an, daß er für die Abänderungsanträge stimmen werde.

Die Abg. Bertolini bemerkt, daß Sfondrini die vorliegenden Abänderungsanträge bereits in der Kommission eingebracht habe und man habe sie bereits damals aus Gewissensgründen abgelehnt.

Landesrat Gebert-Deeg betont, daß die Hauptaufgabe der Familienberatungsstellen die Beratung sei und daß der Schutz des Lebens in der Menschenrechtskonvention verankert sei.

Der Abänderungsantrag Nr. 1 wird nun mit 5 Ja-Stimmen und 15 Neinstimmen abgelehnt, der Abänderungsantrag Nr. 2 wird mit 5 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt; zu Abänderungsantrag Nr. 3 betont Bertorelle, daß diese Bestimmung

bereits im Art. 5 enthalten sei. Nach einer Wortmeldung durch Jenny, Nicolodi, Bertorelle, Neuhauser und einer zweiten Wortmeldung durch Jenny wird der Antrag mit 6 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nach einer abermaligen Wortmeldung durch Erschbaumer betreffend den Absatz 11 und einer Antwort durch Gebert wird der Artikel 2 mit 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Art. 1 hingegen wird mit 15 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artt. 3 und 4 werden ohne Wortmeldungen mit 2 Gegenstimmen genehmigt.

Art. 5: nach einer Wortmeldung durch Sfondrini, Neuhauser, Mitolo und Stecher beantwortet Landesrat Gebert die Fragen ihrer Vorredner und gibt Auskunft über die Träger der privaten Familienberatungsstellen.

Der Artikel wird nach einer Wortmeldung von Sfondrini mit 3 Nein-Stimmen genehmigt.

Art. 6: ohne Wortmeldungen mit 4 Gegenstimmen genehmigt.

Artt. 7 und 8: mit 3 Gegenstimmen genehmigt.

Ende der Vormittagssitzung um 12.35 Unr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 16.04 Uhr.

Art. 9: ein Zusatzantrag des Abg. Sfondrini wird von diesem erläutert. Die Abg. Bertolini betont, daß auch diese Abänderung bereits in der Kommission diskutiert wurde und sie wiederholt das was sie in der Kommission gesagt hat.

Der Abg. Mitolo bezeichnet den Abänderungsantrag als nicht opportun, auch wenn er ihn dem Sinne nach positiv beurteilt.

Der Abg. Stecher betont, daß er schon in der Kommission darauf bestanden habe.

Nach einer Wortmeldung durch Bertorelle spricht sich Erschbaumer grundsätzlich dafür aus, daß öffentliche Versammlungen zur Diskussion von wichtigen Problemen im Lande abgehalten werden sollen. Nach einer Replik durch Sfondrini wird der Abänderungsantrag mit 6 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Der Artikel selbst wird mit 3 Gegenstimmen angenommen.

Die Artt. 10 und 11 werden ebenfalls mit 3 Gegenstimmen angenommen.

Der Art. 12 hingegen mit 5 Gegenstimmen.

Zur Stimmabgabe nimmt der Abg. Nicolodi bezug auf nicht angenommenen Abänderungsanträge und er betont, daß sich die Diskussion hauptsächlich mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruches befaßt hat und daß dessen Zweck es sei, die heimliche Abtreibung

zu unterbinden. Die Sozialisten seien frei von Dogmen und jeder solle die persönliche Freiheit haben, das zu tun, was mit seinem Gewissen vereinbar ist. Die Freiheit sei für die Sozialisten alles. Da der Gesetzentwurf restriktiver als das Staatsgesetz sei, werde seine Partei gegen den Gesetzentwurf stimmen.

Der Abg. Jenny bestätigt seine bei der Diskussion gemachten Äußerungen und bezeichnet den Gesetzentwurf als bürgerfremd und daher lehne er ihn ab.

Der Abg. Stecher betont, daß seine Partei 7 grundsätzliche Einwände gegen den Gesetzentwurf vorgebracht habe, wie dies bereits aus dem Minderheitsbericht hervorgehe und nichts habe sich an seiner Meinung über den Gesetzentwurf geändert.

Der Abg. Bertorelle betont, daß sich die DC nie habe einschüchtern lassen, gewisse äußere Umstände, die er bedauere, ihn aber nicht berühren. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Familien, die Frauen und Männer die Haltung der DC verstehen werden. Bertorelle spricht ein klares Bekenntnis zum Leben ab der Empfängnis aus. Man könne nicht gegen sein eigenes Gewissen handeln, auch wenn Staatsgesetze andere Lösungen herbeigeführt hätten. Das Gesetz 405 sehe ausdrücklich den Pluralismus von öffentlichen und privaten Beratungsstellen vor. Im Art. 2 des Landesgesetzentwurfes seien die vier Punkte vom Gesetz 194 übernommen worden. Selbst in den roten Regionen, wie Lazium, Piemont und Emilien bestehen die Beratungsstellen auch aus freiwilligen Helfern.

Die DC spricht sich für das Gesetz aus.

Der Abg. Mitolo betont, daß es einem nicht schwer falle, nach Abschluß der Debatte eine klare Stellung zum Gesetzentwurf einzunehmen. Nicht eine Intervention der Linksparteien hätte ihn überzeugt, vielmehr hätten diese sich durch Oberflächlichkeit ausgezeichnet und eine gewisse Wahlpropaganda wäre nicht zu überhören gewesen. Das Gesetz halte an bestimmten Prinzipien fest, auch wenn es nicht perfekt sei, daher werde er für den Gesetzentwurf stimmen.

Der Abg. Müller teilt mit, daß die SVP dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung erteilen werde, da sie es als ein wichtiges und gutes Gesetz ansehe. Er spreche aus der Warte eines Familienvaters, der 5 Kinder großgezogen habe. Die Familienbetreuungsstellen sollten nur in Sonderfällen beansprucht werden. Die Aufklärung sollte vor allem durch die Eltern erfolgen.

Der Abg. Erschbaumer bestätigt nochmals seine Ablehnung zum Gesetzentwurf und versucht die Argumente Müllers zu entkräften indem er betont, daß auch die Berufsberatung dann nur in Sonderfällen beansprucht werden sollte. Die SVP habe die ganze Situation verkehrt

gesehen.

Landtagspräsident Molignoni erklärt, warum er sich der Stimme enthalte. Er hätte gehofft, daß sich die Meinungen der Laizisten und des katholischen Lagers auf Kompromißwege getroffen hätten.

Der Gesetzentwurf wird nun von 25 Abstimmenden mit 19 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 weißen Stimmzettel genehmigt.

Punkt 11) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 302/78: "Vorbeugungs-, Heil-, Behandlungs- und Rehabilitierungsdienst für soziales Fehlverhalten, Drogenabhängigkeit und Alkoholismus".

Landesrat Gebert verliest den Bericht der Landesregierung, während die Abg. Bertorelle den Bericht der vierten und Ladurner Parthanes jenen der dritten verlesen.

Der Abg. Stecher spricht sehr ausführlich über das Problem Drogen und Alkohol und er betont, daß die in den Statistiken angegebene Anzahl der Drogensüchtigen bei weitem höher sei.

Der Abg. Bertorelle bezeichnet den Gesetzentwurf als ein Alarm signal, denn das Phänomen des Alkoholismus und der Drogen breite sich auch in unserer Provinz immer mehr aus und die Prävention könne nur als relativ wirksam angesehen werden, wenn man bedenkt, daß in einem Landesassessorat dafür hohe Mittel bereitgestellt werden, während ein anderes Landesassessorat für die Werbung des Südtiroler Weines ebenfalls Millionenbeträge ausgegeben hat. Auf jeden Fall sei eine ordentliche Erziehung der Kinder in einer gesunden Familie immer noch die größte Gewähr, um den jungen Menschen von der Einnahme der Droge abzuhalten.

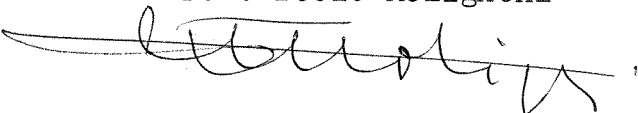
Ende der Sitzung um 18.20 Uhr.

/fm

DIE SEKRETÄRE

- Rosa Franzelin-Werth 
- Toni Kiem 
- Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)

DER PRÄSIDENT

- Prof. Decio Molignoni 

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE PROTOKOLL

della^{205^} seduta tenuta a BOLZANO il giorno 27.9.1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Mognoni
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:
Abwesende ABGEORDNETE:

Benedikter dott. Alfons (giust.)
Dalsass dott. Joachim (giust.)
Durnwalder dott. Luis (giust. pom.)
Gouthier avv. Anselmo (giust.)
Oberhauser Karl (giust. pom.)
Rigott Alfons (ingiust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione degli ordini del giorno del 19 e del 25 settembre 1978.

La seduta inizia alle ore 9.55.

Il Consiglio riprende la trattazione del disegno di legge n. 295/78: "Istituzione dei consultori familiari".

Art. 1: Il Presidente Molignoni definisce estremamente delicata la discussione su questa materia, dalla quale si profilano le due concezioni della vita, e piú precisamente quella laica e quella cattolica e le loro contraddizioni. Essendo egli convinto della concezione laica, il Presidente Molignoni dichiara di non poter essere soddisfatto del provvedimento in esame. Egli auspica peraltro che il medesimo possa venire migliorato attraverso alcuni emendamenti e che il fronte laico e quello cattolico possano accordarsi trovando un onorevole compromesso.

Il consigliere Neuhauser sostiene che i consultori devono venire affidati anche a istituzioni private. Dopo aver sottolineato la necessitá che questo disegno di legge incontri un ampio consenso egli invita coloro che "non sono piú credenti", cosí egli definisce gli esponenti del fronte laico, ad avere rispetto per l'opinione dei credenti. E' importante difendere il diritto alla vita, ció che dovrebbe essere cosa ovvia per ogni membro del Consiglio provinciale. Dopo aver sottolineato che il Consiglio deve provvedere al rispetto delle finalitá della legge egli osserva che neppure per le istituzioni private che gestiscono consultori familiari deve essere possibile detenere una posizione monopolistica.

Il consigliere Sfondrini é d'opinione che i consultori come previsti dal presente disegno di legge non corrispondano allo spirito della legge statale.

Rispondendo al consigliere Neuhauser, il consigliere Stecher dichiara che il raggiungimento di un ampio consenso presuppone la buona volontá di entrambe le parti.

Nel dichiararsi stupito delle argomentazioni dei partiti di sinistra, il consigliere Mitolo tiene a sottolineare che i consultori familiari gestiti da privati debbono operare nel rispetto di quanto previsto dalla legge.

Il consigliere Bertorelle invita il consigliere Mitolo a maggiore cautela, osservando che il suo assenso al provvedimento potrebbe venire compreso in modo sbagliato. A suo avviso é quanto meno strano l'atteggiamento dei partiti di sinistra, che in sede di Commissione si erano espressi in modo diverso e che ora sembra abbiano cambiato

opinione, probabilmente influenzati dalla presenza del pubblico in tribuna.

Nel rispondere al consigliere Bertorelle il consigliere Sfondrini ribadisce, tra l'altro, che la Giunta provinciale ha il dovere di vietare l'istituzione di consultori privati, qualora i medesimi non dovessero operare nel rispetto dello spirito della legge.

Nel prendere la parola, il consigliere Erschbaumer tiene a precisare che il suo partito non é rappresentato da alcuna Commissione legislativa. Egli dichiara inoltre che quanto si parla di partiti di sinistra si fa di tuttata l'erba un fascio, precisando che il suo partito in alcuni punti non si identifica con la posizione degli altri partiti di sinistra. Egli conclude preannunciando il suo voto contrario all'art. 1.

A questo punto il Presidente propone di rinviare la votazione sull'art.1 e di procedere alla trattazione dell'art. 2, nella ricerca di un compromesso.

Art. 2: il consigliere Sfondrini illustra tre emendamenti a firma Sfondrini e Nicolodi. Il consigliere Jenny si dichiara favorevole a questi emendamenti e prende ancora una volta posizione sul problema dell'interruzione della gravidanza.

Il consigliere Mitolo dichiara di poter essere d'accordo sul terzo emendamento. Egli respinge comunque fermamente l'accusa, in base alla quale i consultori familiari gestiti da cattolici sarebbero retrogradi. Egli sostiene che i consultori non devono diventare una sede di distribuzione di mezzi anticoncezionali.

Il consigliere Bertorelle si associa all'opinione del consigliere Mitolo.

Il consigliere Sfondrini é d'opinione che attraverso questi emendamenti verrebbe recepito lo spirito della legge statale, osservando che nella sua attuale formulazione la legge provinciale é troppo restrittiva. In seno al Consiglio non é peraltro possibile, a suo avviso, giungere ad un ampio compromesso come a suo tempo é stato trovato in Parlamento.

Il Presidente Mognoni comunica che voterá a favore degli emendamenti.

Il consigliere Bertolini fa rilevare che gli emendamenti in discussione sono già stati presentati dal consigliere Sfondrini in sede di Commissione legislativa, che li ha respinti per motivi di coscienza.

L'Assessore Gebert-Deeg ribadisce che il compito primario dei consultori familiari é il servizio di consulenza e che la tutela della vita é un diritto ancorato nella convenzione sui diritti dell'uomo.

L'emendamento n. 1 viene respinto a maggioranza con 5 voti favorevoli e 15 voti contrari. L'emendamento n. 2 viene respinto con 5 voti favorevoli e 15 voti contrari e un'astensione.

Nel prendere posizione sull'emendamento n. 3, il consigliere Bertorelle sottolinea che questa norma é già contenuta nell'art. 5. Dopo un intervento dei consiglieri Jenny, Nicolodi, Bertorelle, Neuhauser e un secondo intervento del consigliere Jenny, l'emendamento viene respinto con 6 voti favorevoli, 13 voti contrari e 4 astensioni.

Dopo un ulteriore intervento del consigliere Erschbaumer sul undicesimo comma e la presa di posizione dell'Assessore Gebert, l'art.2 viene approvato a maggioranza con 15 voti favorevoli, 4 voti contrari e 2 astensioni.

Posto in votazione, l'art. 1 viene approvato a maggioranza con 15 voti favorevoli, 5 voti contrari e un'astensione.

Artt. 3 e 4: approvati senza discussione a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 5: dopo un intervento del consigliere Sfondrini, Neuhauser, Mitolo e Stecher l'Assessore Gebert risponde alle domande degli intervenuti e fornisce informazioni in merito alla gestione privata dei consultori familiari.

Dopo un intervento del consigliere Sfondrini, l'articolo viene approvato a maggioranza con 3 voti contrari.

Art. 6: approvato senza discussione a maggioranza con 4 voti contrari.

Artt. 7 e 8: approvati a maggioranza con 3 voti contrari.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.35.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 16.04.

Art. 9: il consigliere Sfondrini illustra un suo emendamento aggiuntivo. Dopo aver rilevato che anche questo emendamento é già stato discusso in Commissione, il consigliere Bertolini ribadisce quanto già osservato in Commissione in merito.

Il consigliere Mitolo ritiene questo emendamento inopportuno, sebbene egli valuti positivamente il suo spirito.

Il consigliere Stecher ribadisce il suo atteggiamento favorevole all'emendamento.

Dopo un intervento del consigliere Bertorelle, il consigliere Erschbaumer si dichiara in linea di principio favorevole alla convocazione di assemblee pubbliche nella nostra Provincia per la discussione di importanti problemi.

Dopo una replica del consigliere Sfondrini, l'emendamento viene respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli, 13 voti contrari e un'astensione. L'articolo viene invece approvato a maggioranza con

3 voti contrari.

Gli artt. 10 e 11 vengono approvati a maggioranza con 3 voti contrari.

Art. 12: approvato a maggioranza con 5 voti/contrari.

In sede di dichiarazione di voto il consigliere Nicolodi, dopo essersi richiamato agli emendamenti respinti, osserva che la discussione si è accentrata soprattutto sul problema dell'interruzione della gravidanza spiegando che la legge sull'aborto persegue lo scopo di ovviare agli aborti clandestini. Egli sottolinea che i socialisti sono completamente liberi da dogmi e che ognuno deve avere la libertà di fare quanto conciliabile con la propria coscienza personale. Egli dichiara che la libertà per i socialisti è tutto e che, considerato il fatto che la legge provinciale è più restrittiva della legge statale, il suo partito voterà contro questo provvedimento.

Il consigliere Jenny ribadisce quanto sostenuto in discussione generale e dopo aver dichiarato che il presente disegno di legge è completamente estraneo alla realtà e alle esigenze del cittadino, egli dichiara che voterà contro.

Il consigliere Stecher sottolinea che il suo partito ha avanzato sette obiezioni fondamentali sul disegno di legge in oggetto, ciò che risulta chiaramente anche dalla relazione di minoranza, e che il suo partito non ha cambiato opinione in merito a questo provvedimento.

Il consigliere Bertorelle fa presente che la DC non si è mai lasciata intimidire da certe circostanze esterne, delle quali egli si rammarica, ma che lo lasciano indifferente. Egli auspica che le famiglie, le donne e gli uomini comprendano l'atteggiamento della DC. Il consigliere Bertorelle sostiene la difesa della vita a partire dal momento del concepimento. Egli ribadisce che non si può agire contro la propria coscienza anche se leggi statali hanno introdotto diverse soluzioni e che la legge 405 prevede espressamente il pluralismo nell'ambito dei consultori pubblici e privati. Egli osserva altresì che nell'art. 2 del disegno di legge sono stati recepiti i 4 punti della legge 194 e che perfino nelle Regioni governate dai partiti di sinistra, come il Lazio, il Piemonte e l'Emilia esistono consultori che si avvalgono dell'aiuto di personale volontario.

Egli conclude, ribadendo che la DC voterà a favore della presente legge.

Il consigliere Mitolo osserva che a conclusione del dibattito non è difficile prendere una chiara posizione nei confronti della legge. Egli dichiara che nessun intervento dei partiti di sinistra è stato per lui convincente e che i loro rappresentanti si sono

distinti per superficialità, cadendo anche in toni di propaganda elettorale. Dopo aver sottolineato che la legge si basa su determinati principi, egli comunica che darà il suo voto favorevole, anche se essa non è perfetta.

A nome dell'SVP il consigliere Müller preannuncia il voto favorevole del suo partito, che egli considera importante e positivo. Dopo aver precisato di parlare dal punto di vista di un padre di famiglia che ha cresciuto 5 figli, egli sostiene che i consultori familiari dovrebbero servire per casi del tutto eccezionali e che l'informazione dovrebbe essere data soprattutto dai genitori.

Il consigliere Erschbaumer ribadisce il suo atteggiamento negativo nei confronti del disegno di legge e spiegando al consigliere Müller che, in base a quanto egli ha precedentemente sostenuto, si potrebbe dire che anche alla consulenza professionale si dovrebbe ricorrere solo in casi eccezionali. A suo avviso l'SVP ha considerato la problematica sotto una luce completamente sbagliata.

Il Presidente Molignoni, dopo aver dichiarato che aveva sperato che le opinioni dei laici e dei cattolici avrebbero trovato un punto d'incontro in un compromesso, spiega i motivi della sua astensione.

In sede di votazione segreta, il disegno di legge viene approvato con 19 voti favorevoli, 6 voti contrari e 1 scheda bianca su 25 votanti.

Punto 11) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 302/78: "Servizio di prevenzione, cura e riabilitazione delle forme di devianza sociale, tossicodipendenza ed alcoolismo".

L'Assessore Gebert dá lettura della relazione della Giunta. Il consigliere Bertorelle dá lettura della relazione della quarta Commissione legislativa e il consigliere Ladurner-Parthanes di quella della terza.

Il consigliere Stecher illustra ampiamente il problema della droga e dell'abuso di bevande alcoliche, osservando che il numero reale dei tossicodipendenti è molto più elevato rispetto ai dati statistici.

Il consigliere Bertorelle definisce il provvedimento in esame un campanello d'allarme, in quanto il fenomeno dell'alcoolismo e della tossicodipendenza è in continua espansione anche nella nostra provincia e che la prevenzione ha effetto solo in misura relativa, considerando che, mentre un Assessorato stanziava elevati mezzi a tale scopo, un altro Assessorato ha speso milioni per fare pubblicità ai vini sudtirolesi. Egli sottolinea che comunque una buona educazione dei figli in un ambiente familiare sano costituisce ancora la massima

garanzia che il giovane non ricorra all'uso di sostanze stupefacenti.
La seduta termina alle ore 18.20.

I SEGRETARI:

IL PRESIDENTE:

- Rosa Franzelin-Werth - ~~R. Franzelin~~ Prof. Decio Molognoni -
- Avv. Anselmo Gouthier - (Assente) ~~Anselmo Gouthier~~
- Toni Kiem - ~~Toni Kiem~~

/tr
